

Rundschreiben Nr. 10. – November 2012. Auch als Beilage zur Zeitschrift „Politische Berichte“ Nr. 11/2012.  
V.i.S.d.P.: Brigitte Wolf, Metzstraße 31, 81667 München. Email: brigitte-wolf@freenet.de.

## SOMMERSCHULE, 2. – 4.8.2012 IN ERFURT, AUS DEM KURS INTERNATIONALE POLITIK

*In Fortsetzung der Sommerschulen der letzten Jahre hat sich die AG Internationale Politik weiter mit dem Thema Europa und den Schwerpunkten linker Konzepte einer Ausgleichsunion und der rechten Kritik an Europa als „Transferunion“ beschäftigt.*

## Diskussion von Heiner Flassbeck zur deutschen Verantwortung für die entstandene Desintegration der EU

Innerhalb der EU-Kommission sowie in den zugeordneten Ausschüssen hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend nicht nur die Erkenntnis durchgesetzt, dass die feststellbaren gravierenden makroökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der EU bzw. innerhalb der Euro-Währungsunion (EWU) den Bestand des Ganzen gefährden. Sondern es hat sich auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass diese Währungsunion die zuvor bereits vorhandenen volkswirtschaftlichen Entwicklungsunterschiede zwischen ihren Mitgliedsländern dramatisch verschärft hat. Und zwar dahingehend, dass einigen wenigen Volkswirtschaften bzw. Mit-

gliedstaaten mit konstanten Leistungsbilanzüberschüssen eine wachsende Anzahl von Volkswirtschaften bzw. Mitgliedstaaten mit konstanten entsprechenden Defiziten gegenübersteht.

Gegenüber dieser Gefährdung des Ganzen hat sich zunächst einmal eine ‚Gefahrenabwehrpolitik‘ der EU-Kommission durchgesetzt, die hinsichtlich ihrer auf Stabilisierung bzw. Konsolidierung gerichteten Einzelmaßnahmen sehr stark von deutscher Seite geprägt ist. So deutlich wie sich in den angesprochenen Überschüssen das enorm angewachsene ökonomische Übergewicht dieser Seite niederschlägt, so deutlich schlägt sich im Charakter und in der Zielsetzung dieser Einzelmaßnahmen auch die politische Übermacht derselben Seite nieder. Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker haben – um eine der Konsequenzen aus dieser Konstellation konkret zu benennen – die sich hieraus ergebende faktische Aussichtslosigkeit für die betroffenen Mitgliedsstaaten, aus der oben angesprochenen Defizitsituation zügig wieder heraus zu kommen, nüchtern wie folgt benannt:

„Bei einem deutschen Lohnstückkostenwachstum von 3% dauert die Rückführung der mittlerweile aufgebauten Wettbewerbslücke Südeuropas etwa zehn Jahre. Erst dann hört der Verlust von Marktanteilen an Deutschland auf. Bis dahin können die Schulden der Krisenländer je nach konjunktureller Entwicklung noch steigen. Der Abbau des Schuldenstands muss in erster Linie durch Wachstum erfolgen, weil das Zurückgewinnen von Marktanteilen bei wieder ungefähr ausgeglichenen Kosten-niveaus nicht automatisch geschieht. Der gesamte Prozess des Schuldenabbaus dürfte auch in diesem ‚optimistischen‘ Szenario einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren einnehmen“<sup>1</sup>.

Flassbeck/Spiecker halten daher eine langfristige Koordinierungspolitik zwischen den EWU-Mitgliedstaaten für unerlässlich, die auf die Annäherung der Lohnstückkosten mit dem Ziel bedacht nimmt, den Defizitländern dadurch ein Aufholen bei der Wettbewerbsfähigkeit zu ermöglichen: „Alle Versuche der Krisenländer, ihre Produktivität zu steigern und den öffentlichen wie den privaten Gürtel, z.B. durch Lohnverzicht, enger zu schnallen, bleiben in Hinblick auf ihre Auslandsverschuldung erfolglos, solange sich ihre Lohnstückkosten nicht relativ zu den deutschen verringern. Deutschland muss aber zulassen, dass es gegenüber seinen europäischen Handelspartnern an Wettbewerbsfähig-

### Inhalt

#### Kursberichte Wirtschaft:

Heiner Flassbeck zur deutschen Verantwortung für die entstandene Desintegration der EU.....	1
Notizen aus der Diskussion zur Grundlage der deutschen Exportüberschüsse und den Spekulationen gegen Griechenland und weitere Länder.....	2
Aus dem Themenkreis DIE LINKE zu: Ungleiche wirtschaftliche Entwicklungen in der EU.....	3

#### Kursbericht Philosophie/Kulturwissenschaft

Parteiensystem und Parteien und die Partei Die Linke .....	5
--	---

#### Kursberichte Wirtschaft

Thema „Arbeitsteilung, Arbeitsorganisation, Arbeitsmarkt“ – eine zweite Annäherung.....	7
Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) .....	9
Auszüge aus dem DQR auf den beiden folgenden Seiten .....	10-11
Bildungssystem: Chancen für Verbesserung .....	12

#### Ankündigungen Winterschule 2013

**Philosophie/Kulturwissenschaft:** Parteiensystem relaodet – Kurs Philosophie widmet sich im Winter erneut dem Problem, griffiges Material für einen strukturierten Einstieg ins Thema zu finden .....

**Wirtschaft:** Die öffentliche Hand und das Wirtschaftsleben – Die Aufgaben der Bundesländer.....

**Informationen zur Winterschule 2013** – Bitte Änderungen beachten .....

**Protokoll** der Mitgliederversammlung „Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – soziale Befreiung (ArGe)“ am 3.8.2012 in Erfurt.....

keit verliert und Defizite im Außenhandel akzeptieren, damit ein wirklicher Schuldenabbau (also ein Realtransfer) stattfinden kann. Wenn es dazu nicht bereit ist – und alles spricht leider für einen solchen Mangel an Bereitschaft –, ist das Scheitern der EWU unabwendbar“<sup>2</sup>.

### LINKES Konzept der europäischen Ausgleichsunion

Was diese von Heiner Flassbeck/Spiecker thematisierten makroökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der EU bzw. innerhalb der EWU anbelangt, setzt sich die LINKE im Wege folgender Einzelmaßnahmen für die Beseitigung der Außenhandlungsungleichgewichte ein: 1. Verpflichtung der Überschussländer auf die Steigerung ihrer Binnennachfrage, damit die Defizitländer mehr exportieren können. 2. Konkret für Deutschland: Sofortige Festlegung eines Mindestlohns von 10 Euro, Aufhebung des Hartz IV-Systems und Finanzierung eines Zukunftsinvestitionsprogramms – u.a. durch Milliardesteuer und höhere Körperschaftssteuer. 3. Förderung der Defizitländer durch einen Marshallplan.

Im Hinblick auf Flassbecks/Spieckers o.a. Schlussfolgerung, derzufolge Deutschland – als Beitrag zum realen Schuldenabbau der Defizitländer, eigene Defizite im Außenhandel akzeptieren müsse, setzt sich die LINKE auf europäischer Ebene mit folgender Zwecksetzung für eine Ausgleichsunion ein: Erstens soll sie dafür sorgen, dass hohe Leistungsbilanzüberschüsse mit Sanktionen belegt werden. Auf diese Weise sollen die betreffenden Länder dazu angehalten werden, ihre Binnenwirtschaft zu stärken und mehr zu importieren. Zweitens sollen die Einnahmen aus den Strafgebühren in einen

Struktur- und Kohäsionsfonds fließen, aus dem Maßnahmen zum Leistungsbilanzausgleich, zur Erhöhung der Produktivität und zur Förderung des sozialökologischen Strukturwandels finanziert werden.

„Im Interesse einer außenwirtschaftlich stabileren Entwicklung in Europa ist es zweifellos notwendig, sich in Deutschland von der exzessiven Exportausrichtung in Richtung Binnennachfrage umzuorientieren. Dazu gehören sicherlich auch Verschiebungen hin zu gut bezahlten und sozial abgesicherten Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor. Es geht also um einen langfristigen Strukturwandel, der einen langen Atem, große Phantasie und sehr aktive Strukturpolitik erfordert“<sup>3</sup>.

Wenn man hier die von Anbeginn bekräftigte prinzipielle Zielsetzung der (west-)europäischen Integration – die Angleichung der Lebensverhältnisse auf dem gesamten Territorium der Union – aufgreift, kann man die LINKE Ausgleichsunion durchaus als einen richtigen und notwendigen Schritt in diese Richtung begreifen.

*Hunno Hochberger*

- 1 Heiner Flassbeck u. Friederike Spiecker/ „Monetarismus und ‚Wettbewerb der Nationen‘ sind die Totengräber des Euro“, in: Wirtschaftsdienst 2011-6.
- 2 siehe Anm. 1; in einem weiteren Beitrag zu diesem Thema hat Heiner Flassbeck v. a. sowohl den drastischen ökonomischen wie auch den verheerenden politischen Schaden für Deutschland aus dieser prognostizierten Entwicklung benannt: „Trennt Euch!“ – Wirtschaft und Markt, September 2012.
- 3 Axel Troost, Philipp Hersel/ „Solidarisches Miteinander statt ruinöser Wettbewerb – Europäische Ausgleichsunion“, in: Sozialismus 12/2011, S. 25ff.

## Notizen aus der Diskussion zur Grundlage der deutschen Exportüberschüsse und den Spekulationen gegen Griechenland und weitere Länder

### Joebges, Schmalbauer, Zwiener (August 2009):

Als ursächlich für die deutschen Exporterfolge werden drei Faktoren benannt: die Nachfrage nach deutschen Produkten auf Grund von Qualität, Entwicklung, Design etc., die gestiegene Produktivität und die zurückhaltende Lohnpolitik. Die erhöhten Exporte haben einen positiven Effekt auf die Beschäftigung, der nicht durch den gestiegenen Vorleistungsimport kompensiert wird. In der Theorie wird davon ausgegangen, dass zunehmender Außenhandel mit einem negativen Beschäftigungseffekt verbunden ist, da kapitalintensive Produkte exportiert werden und arbeitsintensive Produkte importiert werden. Für Deutschland gilt, dass in den arbeitsintensiven Fertigungsbereichen häufig niedrige Löhne gezahlt werden, anders in den Exportbereichen. Ebenso hat die Verlagerung von Fertigungen ins Ausland eher Arbeitsplätze in weniger produktiven Bereichen gekostet, während produktivere Bereiche ausgebaut wurden. Die Analysen zeigen, dass Deutschland eindeutiger Gewinner des zunehmenden Außenhandels ist, auch bei der Beschäftigung.

Im Ländervergleich zeigt sich, dass Deutschland seit Gründung der EWU 1999 eine schwache Entwicklung der Binnennachfrage zu verzeichnen hat, niedrige Lohnzuwächse bis hin zu zeitweiligen Reallohnverlusten und eine Einkommensumverteilung hin zu den Gewinneinkommen. In Ländern,

die bei Einführung des Euros ein ähnlich hohes Kostenniveau wie Deutschland hatte (z.B. Frankreich, Finnland u.a.), sind mit Ausnahme von Österreich überall deutlich höhere Lohnzuwächse zu verzeichnen. Die Theorie behauptet: geringe Lohnzuwächse bedeuten eine höhere Beschäftigung. Tatsächlich ist nachweislich das Gegenteil der Fall. In den Jahren 1999 bis 2007 ist die Beschäftigung in Deutschland gesunken bzw. deutlich weniger gestiegen als in den Vergleichsländern. „Die höheren Lohnzuwächse und bessere Beschäftigungsentwicklung im Vergleich zu Deutschland gehen in den anderen Ländern einher mit einer besseren Konsumententwicklung und damit auch einem stärkeren Anstieg der Binnennachfrage. Im Vergleich zu Deutschland ‚bezahlen‘ die anderen Länder dafür mit geringeren Exportzunahmen.“ (S. 15) Im Fall Deutschland werden die Beschäftigungsverluste aus der mangelnden Binnennachfrage nicht durch die gestiegenen Exporte ausgeglichen.

Die Autoren führen eine Modellsimulation durch mit einem jährlichen Zuwachs des Lohnniveaus von drei Prozent. Bei der Annahme von zwei Prozent Inflation (Vorgabe der EZB) und einem Prozent jährlicher Produktivitätssteigerung hätte Deutschland eine gleichbleibende preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der EWU. Das Ergebnis der Simulation ist:

- Die Reallöhne wären von 1999 bis 2007 um elf

Prozent gewachsen.

- Die Staatseinnahmen wären gestiegen und damit auch die Ausgaben.
- Die Exporte wären weniger gestiegen, die Importe stärker gestiegen, der Exportüberschuss hätte sich verringert.
- Löhne und Gewinneinkommen hätten sich im Gleichschritt entwickelt, keine Umverteilung auf Kosten der Löhne.

„Und dann führt der Rat in die Irre, auf den Globalisierungsdruck mit besonders niedrigen Lohnsteigerungen reagieren zu müssen. Dies schwächt vielmehr die wirtschaftliche Entwicklung, erhöht die Divergenzen in der EWU und macht Deutschland noch abhängiger von den unkontrollierbaren Entwicklungen der Weltwirtschaft.“ (S. 23)

#### **Joebges, Niechoy (August 2010):**

In dem Artikel zeigen die Autoren auf, dass das Rettungspaket für Griechenland und der europäische Rettungsschirm notwendige und richtige Maßnahmen waren, die aber das Problem nicht lösen. Sie vergleichen die Länder Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und Italien.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat in allen Euroländern zu einer steigenden Staatsverschuldung geführt, einer Staatverschuldung, die über den nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zugelassenen drei Prozent des BIP lag. Spekulationen gab es jedoch zunächst nur gegen Griechenland. Das Rettungspaket kam zu spät. Die Spekulation gegen Griechenland hätte früher gestoppt werden müssen. Das hätte auch ein Übergreifen auf Spanien und Portugal verhindert. Der rigide verordnete Sparkurs gegenüber Griechenland verhindert ein Wachstum der Wirtschaft und damit gibt es kaum eine Chance auf eine erfolgreiche Konsolidierung.

Der Eurorettungsschirm soll

- Spekulationen gegen Länder unterbinden,
- die Länder zwingen, vereinbarte wirtschaftspolitische Ziele einzuhalten,
- den Ländern Zeit verschaffen, um ihre Finanzie-

rungsprobleme zu lösen.

Realistisch ist dies nur für kleinere Länder in Zahlungsschwierigkeiten. Für größere Länder würden die Bürgschaften zu hoch, die Refinanzierungskosten würden steigen und die Spekulationen sich gegen den Euroraum richten.

In allen fünf oben erwähnten Ländern sind die Renditen auf Staatsanleihen gestiegen, das heißt, die Refinanzierungskosten für die Staaten sind gestiegen. Warum?

- Die Staatsverschuldung in Folge der Krise ist in allen Ländern gestiegen, nicht nur den fünf.
- Wachstumsprobleme gab es bis zu der Krise in Spanien, Griechenland und Irland nicht. Im Gegenteil ihr Wirtschaftswachstum lag über dem Durchschnitt der EWU.
- Irland und Spanien haben das SWP Kriterium von maximal drei Prozent des BIP als jährliche Neuverschuldung des Staates nie überschritten, sie hatten sogar Budgetüberschüsse.
- Ebenso haben Irland und Spanien die Schuldenquote von 60 Prozent des BIP nie überschritten. Griechenland und Italien haben bis zur Krise Schulden abgebaut.

Gemeinsam ist aber allen fünf Ländern, dass sie steigende Leistungsbilanzdefizite zu verzeichnen hatten auf Grund ihrer reduzierten preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Ihre Lohnsteigerungen seit Gründung der EWU waren höher als im Durchschnitt des Euroraums. Die steigenden Leistungsbilanzdefizite bedeuten eine steigende Verschuldung gegenüber dem Ausland und damit werden diese Länder zu leichten Opfern spekulativer Attacken. Notwendig sind also nicht nur Rettungsmaßnahmen, sondern veränderte Rahmenbedingungen im Euroraum, die der Auseinanderentwicklung im Euroraum Rechnung tragen.

*Anne Gerdum*

**Quellen:** IMK, H. Joebges, A. Schmalzbauer, R. Zwiener, 04/2009, Der Preis für den Exportweltmeister Deutschland: Reallohnrückgang und geringeres Wirtschaftswachstum; IMK, H. Joebges, T. Niechoy, 2010, Rettungsmaßnahmen im Euroraum – Kurzfristig sinnvoll, aber nicht ausreichend

## **Aus dem Themenkreis DIE LINKE zu: Ungleiche wirtschaftliche Entwicklungen in der EU**

Neben dem Leitantrag zum Erfurter Parteitag von DIE LINKE hatten wir vorliegen einen Antrag der Fraktion DIE LINKE zu makroökonomischen Ungleichgewichten im Euro-Währungsgebiet, ein Positionspapier „Wege aus der Krise“ aus dem Arbeitskreis II der Bundestagsfraktion, einen Text von Sebastian Dullien und Daniela Schwarzer, die sich für einen außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt aussprechen; einen Beitrag von Axel Troost und Lisa Paus zum Thema Europäische Ausgleichsunion sowie einen Text aus dem Think Tank Deutsche Bank Research, der u.a. versucht technische Messgrößen (Scoreboard) zu begründen, mit deren Hilfe die „makroökonomische Koordinierung“ in der EU verbessert werden kann.

#### **Notizen aus der Diskussion zum Thema makroökonomische Ungleichgewichte:**

**Dullien/ Schwarzer (Juni 2009):** Die Warnsysteme seien gescheitert, da eine wichtige Variable in den europäischen Koordinierungsprozessen bislang gefehlt habe, die Überschuldung des Privatsektors.

Die Überwachung der Außendefizite innerhalb der Euro-Zone müsse eine viel größere Rolle spielen. Sie schlagen vor, der „Pakt solle sowohl für Defizit- als auch für Überschussländer gelten, da Leistungsbilanz-Ungleichgewichte stets zwei Verursacher haben – ein Land, das mehr absorbiert als produziert, und eines, in dem die Nachfrage niedriger ist als die gesamtwirtschaftliche Produktion.“ Nach dem von ihnen vorgeschlagenen Außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt „hätte jedes Land die Pflicht, die nationale Wirtschaftspolitik auf Herstellung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts auszurichten.“

#### **Troost/ Paus (Mai 2011):**

Als historisches Projekt sei die EWU nicht der ökonomischen Theorie der „optimalen Währungsräume“ gefolgt: „Sondern es ging um ein politisch gewolltes und weiterhin wünschenswertes Projekt des europäischen Zusammenwachsens.“ Bei Gründung der Europäischen Währungsunion seien etliche Bedingungen der Theorie des optimalen Währungsraumes nicht erfüllt bzw. nur sehr „begrenzt ge-

ben“ gewesen. „Dass der Euroraum dennoch errichtet wurde verdeutlicht die herausragende politische Dimension dieses Integrationsprozesses.“ Die EWU sollte als Katalysator der ökonomischen Integration und Festigung der politischen Union fungieren. Mehr als zehn Jahre nach Einführung des Euro habe sich gezeigt, dass die Erwartungen „an den Euro als Katalysator des ökonomischen Integrationsprozesses überzogen waren. Im Gegenteil entwickelten sich die Volkswirtschaften zum Teil auseinander“. Die EWU weise „erhebliche Konstruktionsfehler“ auf, besonders die langfristig aufgelaufenen Leistungsbilanzungleichgewichte.

Der „Außenwirtschaftliche Stabilitätspakt“ weise in die richtige Richtung, denn es würden nicht nur Defizitländer sondern auch Überschussländer mit Sanktionen belegt. Das von der EU-Kommission vorgeschlagene Datenset, um Auskunft über die wirtschaftliche Situation der Volkswirtschaften zu geben (Scoreboard) sei ein erheblicher Fortschritt. Allerdings stelle sich die Frage, „welche Konsequenzen sich tatsächlich ergeben, wenn beispielsweise Länder wie Deutschland über längere Zeit Leistungsbilanzüberschüsse vorweisen. Bislang fehlt jeder Mechanismus um Deutschland darauf verpflichtet zu können, geeignete Massnahmen zu ergreifen, um diese Überschüsse abzubauen.“ Nötig sei über die Maßnahmen der EU-Gremien hinaus die Gründung einer „Europäischen Ausgleichsunion“. Das historische Vorbild dafür liefern Troost und Paus mit dem „Vorschlag einer Internationalen Clearing Union“ von John Maynard Keynes aus den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts. (Verrechnung in Weltwährung, kontrollierter Kapitalverkehr, und hier bezogen auf die EWU insbesondere ein System für den Ausgleich der Leistungsbilanzen). Praktische Wirkungen sollen für die Überschussländer folgende Vorschläge ergeben: a) Maßnahmen zur Steigerung der Importe, und b) ein Strukturwandel zur Senkung der Abhängigkeit vom Export. Eine Europäische Ausgleichsunion stelle im Übrigen „nichts anderes als eine ins hier und jetzt übertragene internationale Anwendung des nach wie vor gültigen Stabilitätsgesetzes von 1967 dar, ... in dem die Bundesregierung verpflichtet wird, zur Wahrung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts unter anderem wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen zu ergreifen, die zu einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht beitragen“.

#### **Leitantrag Erfurter Parteitag (Juli 2011):**

DIE LINKE hält an der Forderung nach gleichwertigen Lebensbedingungen in der Bundesrepublik fest und fordert auch eine Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union: „Die europäische Politik muss in diesem Zusammenhang die Regionen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärken und zugleich die Stabilität in allen anderen Regionen stützen.“ Die EU-Strukturförderung soll weiter entwickelt werden. Und: „Wir wollen eine solidarische Erweiterung der Europäischen Union, in der alle Fragen – insbesondere die Förder- und Investitionspolitik – so behandelt werden, dass die Regionen partnerschaftlich kooperieren und die Verbesserung von Arbeits- und Lebensverhältnis-

sen im Vordergrund steht.“

Die Fraktion DIE LINKE hatte im Bundestag beantragt (Mai 2011), den vorgeschlagenen Verordnungen von EU-Parlament und -Rat nur zuzustimmen, wenn u.a. folgendes erledigt werde: Statt eines asymmetrischen Ansatzes, der allein die Defizitländer zu Anpassungen zwingt, sollen „makroökonomische Ungleichgewichte symmetrisch identifiziert, vermieden und korrigiert werden – also nicht nur die Rolle der Defizite, sondern auch die der entsprechenden Überschüsse beleuchtet“ werden. Korrekturmaßnahmen sollen „verbindlich ausgelöst“ werden, ab einem Überschuss oder Defizit der Leistungsbilanz von 3% des Bruttoinlandsprodukts greifen. Länder mit einem chronischen Leistungsbilanzüberschuss sollen Aufforderungen erhalten, die Binnennachfrage zu steigern. Strafzinsen auf Leistungsbilanzüberschüsse sollen erhoben werden, aus dem ein „Struktur- und Kohäsionsfonds zur Förderung eines produktivitätserhöhenden Strukturwandels in den Defizitländern“ finanziert werden soll. Euroanleihen und die Gründung einer „Europäischen Bank für öffentliche Anleihen“ sollen die Zahlungsfähigkeit sicherstellen.

In dem Papier des Arbeitskreis II der Fraktion wird ausgeführt (Juni 2011): „Für eine europäische Ausgleichsunion: In anderen EU-Ländern wird längst anerkannt, dass die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte abgebaut werden müssen, wenn die Eurozone nicht auseinanderbrechen soll. Ein Abbau dieser Ungleichgewichte ist ohne Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung jedoch nur möglich, wenn Länder mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen ihre Binnenwirtschaft stärken und mehr importieren. Auf europäischer Ebene setzt sich DIE LINKE daher für eine Ausgleichsunion ein, die dafür sorgt, dass hohe Leistungsbilanzüberschüsse mit Sanktionen belegt werden.“

*Matthias Paykowski*

#### **Quellenhinweise:**

Sebastian Dullien, Daniela Schwarzer; Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit: Die Eurozone braucht einen außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt. SPW-Aktuell 27, Juni 2009.

Axel Troost, Lisa Paus; Institut solidarische Moderne, Schriftenreihe Denkanstöße: Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0. 16. März 2011.

Die Linke im Bundestag, Arbeitskreis II, Wirtschaft, Finanzen, Steuern, Umwelt und Energie; verantwortlich: AG Eurokrise: Wege aus der Krise. 14. Juni 2011.

Antrag der Abgeordneten Sahra Wagenknecht, Michael Schlecht, Dr. Barbara Höll, Dr. Diether Dehm, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE zu dem Vorschlag einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Durchsetzungsmaßnahmen zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Währungsgebiet (Ratsdok. 14512/10; KOM(2010) 525) und zu dem Vorschlag einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (Ratsdok. 14515/10; KOM(2010) 527). Deutscher Bundestag Drucksache 17/5905, 17. Wahlperiode 25. 05. 2011.

Deutsche Bank Research Makroökonomische Koordinierung Was kann ein Scoreboard-Ansatz leisten? Januar 2011.

## Parteiensystem und Parteien und die Partei Die Linke: Thema im Kurs Philosophie/Kulturwissenschaften

Um es gleich vorweg zu nehmen: es ist nicht so einfach, eine Auswahl an Dokumenten zu treffen, die geeignet für einen Einstieg ins Thema „Parteiensystem“ wären. Nicht dass es zu wenig Autoren gäbe, die sich berufen fühlten, ihre Sicht der Dinge niederzuschreiben. Und auch die Flut der Stellungnahmen in direktem Zusammenhang mit Wahlniederlagen und -erfolgen ist beachtlich. Es existieren aber auch wissenschaftliche Arbeiten, die sich bestimmten geschichtlichen oder politischen Aspekten des Parteiensystems widmen. Zweifelsohne wäre es nützlich, bestimmte Kriterien an der Hand zu haben, um den immer wiederkehrenden Argumentationen für oder gegen das Parteiensystem europäischer Prägung oder auch für oder gegen bestimmte Teilbereiche dieses Systems mit gedanklichen Strukturen und inhaltlicher Substanz begegnen zu können. Hier bleibt es unser Ziel ein Themenheft zu gestalten, das eine begrenzte Zahl an Texten präsentiert und dennoch einen Zugang zur Komplexität des Themas ermöglicht. Wir werden im nächsten Kurs im Winter weiterarbeiten an diesem Thema, dieser Bericht gibt einen Überblick über die bisher besprochenen Gesichtspunkte und Texte.

### Partei und Wählerschaft

Die Thesen von Horst Kahrs und Dr. Harald Pätzolt: „Wählerpotentiale für Die Linke vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlergebnisse, Umfragen und empirischen Studien“ vom Juli 2012<sup>1</sup> standen zwar am Anfang unserer Diskussion, sollten aber nicht als Einengung auf Fragen, die Partei Die Linke betrifft, verstanden werden. Dennoch brennen natürlich die Fragen hinsichtlich der nächsten Wahlen auf dem Hintergrund der Verluste der Partei Die Linke besonders auf den Nägeln.

Hat vor 40 Jahren jemand im Zusammenhang von Wahlen von „Angebot“ und „Wettbewerb“ gesprochen? Gibt es bei Wahlentscheidungen eine Verschiebung von „rationell“ zu „ästhetisch“? War der Erfolg der Linken Partei einem „Hype“ geschuldet? Oder hat die Partei die Chance, die ihr die Wählerschaft gegeben hat, nicht nutzen können? Spätestens bei dieser Frage sind die verschiedenen politischen Ebenen Kommune, Länder und Bundes (sowie Europa) zu unterscheiden. Hat die Veränderung der SPD, die man als Linke bei den vorvergangenen Wahlen zumindest gefühlt vor sich her treiben konnte, bei der Wählerschaft wieder mehr gepunktet? Handelt es sich überhaupt um eine Konkurrenz um die gleiche Wählerschaft, wie sie auch die SPD anspricht? Oder mäandert nicht doch eine viel größere Anzahl von Wählern im gesamten Spektrum der politischen Parteien?

Leute gründen eine Partei, weil es Gründe in deren Lebenswirklichkeit gibt, die ihnen eine politische Einflussnahme zwingend erscheinen lässt. Wie groß jeweils die Rolle von religiöser Gemeinschaft, materieller Interessenslage oder einem frühen Erkennen von noch nicht ausgeprägten gesellschaftlichen Veränderungen bei den Gründen für den Zusammenschluss von Menschen in einer Partei spielt, ist unterschiedlich. Findet diese Partei Akzeptanz bei der Wählerschaft und hat Potenzial, wird spätestens

bei der zweiten Wahlrunde entscheidend für wachsende Bedeutung, dass die Partei versteht, welche Anforderungen an sie gestellt werden: es genügt nicht, etwas Richtiges zu wollen, man muss dieses Geschäft auch können! Wenn beispielsweise das einzige Alleinstellungsmerkmal „Linksaußen“ ist, die Partei aber sonst für nichts zu gebrauchen, dann wird sie nicht erfolgreich sein im politischen Geschäft.

Dennoch gehören für Entwicklung einer Partei eine Vielzahl von Faktoren: hier hilft der Blick der Systemtheorie. Das System („Partei“) muss bei Strafe seines Untergangs (in die Bedeutungslosigkeit) sich selbst erhalten, reproduzieren und optimieren, aber auch Evolution ermöglichen. Wenn im Innern einer Partei die Sinnstiftung so schwach ist, dass sie keinen Streit und Konflikt organisieren und aushalten und zu ihrem Besten verwerten kann, sind das schlechte Voraussetzungen: die Umwelt dieses Systems (also alles, was nicht zum System gehört und im allgemeinen sich ständig verändert und deutlich komplexer ist als das System selbst) stellt dem System neue Entscheidungsprobleme und erfordert Anpassungsstrategien. Insofern stellen die Thesen von Kahrs und Pätzolt einen beachtenswerten Versuch dar, diese Wechselwirkung von veränderter Umwelt („was will die Wählerschaft“) und Innerem der Partei in den Diskurs einzubringen.

### Parteienforschung

Hauptsächlich englischsprachig gibt es einige Literatur zur Parteienforschung. In den Politischen Berichten vom November 2011<sup>4</sup> stellte A. Küstler Texte von Herbert Kitschelt und Hanspeter Kriesi vor und schließt: „Sicher können aus den Ergebnissen neuerer Parteienforschungen nicht unmittelbar Schlüsse für Partei und Wahlprogramme gezogen werden. Aber die Anregung, nicht nur die Stücke vor der eigenen Nase, sondern das „ganze Tier“ in Blick zu nehmen, hilft vielleicht weiter, wenn die Partei ihre Rolle im gesamten Parteiensystem neu justieren muss.“ Die hier besprochenen Urtexte wollen wir im Winter noch einmal mit weiteren Textstellen aufgreifen.

Von Martin Morlok wurde der Text „Politische Chancengleichheit durch Abschottung? Die Filterwirkung politischer Parteien gegenüber gesellschaftlichen Machtpositionen“ gelesen.<sup>6</sup> Morlok geht das Problem sozusagen von der Pike her an: er beschreibt u.a. einen Katalog von acht Aufgaben der Parteien (Einfluss auf öffentliche Meinung, politische Bildung, aktive Teilnahme der Bürger, Heranbildung von politischem Personal, Aufstellen von Wahlbewerbern, Einfluss auf Parlament und Regierung, politische Willensbildung, lebendige Verbindung zwischen Volk und Staatsorganen), stellt dies von anderen als Hauptfunktionen genannten Begriffen gegenüber (Transmission, Herrschaft, Legitimation und Rekrutierung) und weist noch auf andere Definitionen hin. Er selbst wählt einen etwas anderen Ansatz, um seine zentrale These zu begründen: das Parteiensystem diene dazu, die politische Chancengleichheit herzustellen. Da seine Argumentation durchaus diskussionswürdig

ist, soll über diesen Text eine eigene Rezension in den Politischen Berichten im Spätjahr 2012 erscheinen.

Ein ebenso spannender wie auch umfänglicher Text lag mit den Thesen von Prof. Dr. Michael Vester von der Leibniz Universität Hannover vor: „Wählerpotential, Wählerstruktur und Wahlstrategie der Linken“.<sup>7</sup> Die Thesen lauten:

1. Die Wählerschaft bildet keinen Markt, sondern ein gegliedertes Feld.
2. Politische Bindungen entstehen aus Bildern einer gerechten Sozialordnung.
3. Bindungen werden erst durch den Aufbau von Vertrauenskapital dauerhaft.
4. Wahlerfolge hängen mehr von der Mobilisierung der eigenen Potentiale als von Wechselwählern ab.
5. Volksparteien binden ein plurales Spektrum benachbarter Ordnungsmodelle.
6. Die Vorstellungen eines solidarischen Wohlfahrtsstaats sind in der Bevölkerung bleibend verankert, entwickeln sich aber durch neue Dynamiken in emanzipatorischer und demokratischer Richtung weiter.
7. Strukturwandel der Arbeit: Widerspruch zwischen Höherqualifikation und zunehmender Unsicherheit.
8. Strukturwandel der Alltagskultur: Widerspruch zwischen wachsenden Emanzipationspotentialen und Politiken der Entmündigung.
9. Die Linkspartei ist Teil eines wachsenden, sich verändernden solidarischen Reformlagers.
10. Der kapitalistische Widerspruch.
11. Die Handlungspotentiale und Strategien der sozialen Milieus.
12. Die Positionierung der Linkspartei im sozialen Akteursfeld.
13. Felder der Gegenmachtpolitik.
14. Perspektiven der wirtschaftlichen Stagnation und des Pfadwechsels.

Die vorgelegten Untersuchungen können als eine Art inhaltliche Füllung des systemtheoretischen Konzepts, wie es in diesem Bericht vorne ausgeführt wurde, gelesen werden und erinnern stark an von Pierre Bourdieu vorgelegte Modelle der Beschreibung moderner gesellschaftlicher Realität. Allerdings hat die Diskussion ergeben, dass ohne Kenntnis der zu Grunde liegenden Studie (Soziale Milieus in gesellschaftlichen Strukturwandel, Ffm, Suhrkamp 2001) die Befassung mit den Thesen schwierig ist. Außerdem wurde diskutiert, dass den Thesen der Genderaspekt völlig unbekannt zu sein scheint. Auch hier soll im Winterkurs mit geeignetem Material nachgegangen werden und eventuell unterschiedliches Wahlverhalten von Frauen und Männern als These zu belegen.

Hilfreich für ein Verständnis, wie die Umwelt der Partei zum einen in der Partei abgebildet ist, zum anderen Änderungsdruck erzeugt, sind diese The-

sen aber allemal. Einer linken Partei können sie mit Sicherheit Hinweise für ihre Verortung und Anpassung an die variable Umwelt geben.

## Piraten

Zwei Texte<sup>2,3</sup> zum Auftauchen der Piratenpartei hatten wir ebenfalls diskutiert, die hier aber nur erwähnt werden sollen. Spannend wird mit Sicherheit, ob verstanden wird, dass auch diese Partei entstanden ist, weil Leute mit bestimmten Interessen, aus bestimmten Befindlichkeiten heraus und vielleicht auch mit einem Gespür für Lücken, die von anderen Parteien nicht abgedeckt werden, etwas bewirken wollen, was ihnen wichtig ist. Spannend ist auch, ob die Piratenpartei im Parteiensystem und unter der recht strengen Gesetzeslage (Parteiengesetz) evolutionär lernfähig sein wird.

Für andere Parteien sollten die Piraten nicht in erster Linie Konkurrenz darstellen, sondern Ausdruck der veränderten Umwelt, für das Parteiensystem eine weitere Ausdifferenzierung.

Berichterstattung: *Eva Detscher*

Quellen in der Reihenfolge der Bearbeitung im Kurs – herzlichen Dank an Harald Pätzolt für die Unterstützung bei der Zusammenstellung des Materials:

- 1 Wählerpotentiale für Die Linke vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlergebnisse, Umfragen und empirischen Studien. Horst Kahrs und Dr. Harald Pätzolt. Politische Berichte August 2012. Horst Kahrs arbeitet im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Dr. Harald Pätzolt arbeitet beim Parteivorstand DIE LINKE. Der Text steht in alleiniger Verantwortung der bei-den Autoren. Text nach [www.horstkahrs.de/wpcontent/uploads/2012/05/2012\\_07HKHPWählerpotentiale.pdf](http://www.horstkahrs.de/wpcontent/uploads/2012/05/2012_07HKHPWählerpotentiale.pdf). Er ist auch als „Standpunkte“ bei [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de) veröffentlicht.)
- 2 Die Piraten. Wie kann man sie politikwissenschaftlich fassen und was folgt daraus für DIE LINKE? Harald Pätzolt. <http://www.rosalux.de/news.38560/die-piraten.html>
- 3 Piratenpartei – Besonders auf junge Leute hat das Projekt Politik als „freie Software“ eine starke Anziehungskraft. Jasper von Altgenbockum. FAZ 19.9.2011
- 4 Lektürebericht. Einige Ergebnisse moderner Parteienforschung. Alfred Küstler, Politische Berichte, November 2011
- 5 Politische Partei. 14. Kapitel in: Politik als Wissenschaft – Grundbegriffe der Politik. Erstveröffentlichung in: Evangelisches Kirchenlexikon. Kirchlich-theologisches Handwörterbuch. Hg. von Heinz Brunotte und Otto Weber. Bd. 3 (P-Z). Göttingen 1959, 64-66
- 6 Politische Chancengleichheit durch Abschottung? Die Filterwirkung politischer Parteien gegenüber gesellschaftlichen Machtpositionen. Martin Morlok. Aus: Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? 2010, Herausgeber: Dr. David Gehne, Dr. Tim Spier. ISBN: 978-3-531-16670-4 (Print) 978-3-531-92497-7 (Online)
- 7 Wählerpotential, Wählerstruktur und Wahlstrategie der „Linken“. Thesen von Prof. Dr. Michael Vester, Leibniz Universität Hannover ([m.vester@ipw.uni-hannover.de](mailto:m.vester@ipw.uni-hannover.de)) zur Diskussion am 30. 10. 2010.
- 8 Links oder rechts oder ganz woanders? Zur Konstruktion der politischen Landschaft. Jan A. Fuhse (Stuttgart). Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 33 Jg. (2004) H.2.

Sommerschule 2012, Kurs Wirtschaft, Vorbemerkung zum vorliegenden Material (siehe auch Kasten unten)

## Thema „Arbeitsteilung, Arbeitsorganisation, Arbeitsmarkt“ – eine zweite Annäherung

Bei unserer Diskussion im letzten Winter waren wir der Frage nachgegangen, ob die Nicht-Vermittlung von Arbeitskräften in Erwerbsstellen als lediglich konjunkturell bedingte, zeitlich begrenzte Situation verstanden werden kann. Wir kamen zu dem Zwischenergebnis, dass die Verfahren, nach der die Erwerbswirtschaft Arbeitsstellen strukturiert, darauf angewiesen sind, Arbeitskräfte vorzufinden, die ihren Anforderungen entsprechen können.

Diese Arbeitskräfte bilden sich nicht, jedenfalls nicht allein, im verwertenden Arbeitsprozess. Sie entstehen in Bildungsprozessen, die als „Arbeit an sich selbst“ (im Sinne von Pierre Bourdieu) verrichtet werden müssen. Die formellen und informellen Prozesse der Bildung kosten Zeit und Mittel. Sie können sich in einer Arbeitskraft niederschlagen, die unter dem Gesichtspunkt der Verwertung uninteressant ist, und das ist der Fall, wenn ein Einsatz im Verwertungsbetrieb kein positives Bilanzergebnis bringt.

Der Arbeitsmarkt schließt solche Arbeitskräfte vom Erwerb aus, sie haben damit keine Möglichkeit, zu ihrem Lebensunterhalt durch selbst verdientes Einkommen beizutragen. Es entstehen materielle und ideelle Probleme:

– materielle, weil zur Gestaltung des Lebens in der reifen Industriegesellschaft Zugang zu einem weiten Kreis von Gütern und Dienstleistungen gewährleistet sein muss, damit die Lebensführung und damit das Angebot auf dem Arbeitsmarkt nicht zusammenbricht,

– ideelle, weil die Dimension des Wirtschaftens, der Disposition über Ausgaben und der Generierung von Einnahmen zum Gebrauch der Freiheit gehört.

Unsere Diskussion hat dahin geführt, dass z.B. der Rechtsrahmen des gemeinnützigen Vereins zeigt, dass auch in der wirtschaftlichen Realität der auf Verwertung ausgerichteten Gesellschaft neben den Typ des von seinem Gewinnziel getriebenen Wirtschaftsverbands der wirtschaftende Verband (im Sinne von Max Weber) vorkommt, dessen Handeln durch vereinbarte soziale, kulturelle, religiöse oder politische Ziele bestimmt ist, zu deren Vortrieb allerdings wirtschaftlich vorgegangen werden muss.

Es schien uns möglich, in solcher Umgebung Arbeitsmodelle zu entwickeln, die für gesellschaftliche Adhäsion sorgen, indem sie tatsächlich jedem, auch in hohem Grade hilfsbedürftigen Mitmenschen, eine Chance bieten, wenigstens einen Teil ihrer Unterhaltungsmittel als eigenes Verdienst und zur daraus erwachsenden freien Verfügung zu erwirtschaften.

Das Eintreten für politische Lösungen in dieser Richtung kann sich auf eine Vielzahl von praktischen Beispielen und Initiativen stützen. Politische Diskussion mit Menschen, die sich für solche Einrichtungen engagieren bzw. in ihnen arbeiten, wie die politische Unterstützung ihres Engagements ist eine Aufgabe, die sich linker Politik stellt.

Es ist bekannt genug, dass die Suche nach Reformmöglichkeiten in diesem ausgedehnten sozialen Bereich in Normenkonflikte mit der Regulierung von Arbeitseinkommen durch gewerkschaftliche Orga-

### Die Kursunterlagen:

Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, Für die Taschenbuch-Ausgabe revidierte Fassung München 1978, ISBN 3-406-05393-9. S. 16-28.

Marx, Karl, Das Kapital. [http://www.mlwerke.de/me/me23/me23\\_441.htm#Kap\\_13\\_4](http://www.mlwerke.de/me/me23/me23_441.htm#Kap_13_4), DREIZEHNTES KAPITEL. TEIL II (ABSCHNITT 4 BIS 7). Maschinerie und große Industrie.

Hofmann, Prof. Dr. Werner Hofmann (Hg.), Sozialökonomische Studententexte, Bd. 2, Jean Baptiste Say, S. 86-92.

Hans Werner Müller, Emile Durckheim, in: Hauptwerke der Soziologie, Kröner, 2007. S.90-95.

Michael Kunczik, Herbert Spencer, in: Hauptwerke der Soziologie, Kröner, 2007. S.414-418.

Emile Durckheim, Über die Teilung der sozialen Arbeit. Frankfurt am Main 1977, 1988. S. 41-59. Vorrede.

Emile Durckheim, Über die Teilung der sozialen Arbeit. Frankfurt am Main 1977, 1988. S. 289-366. Die Fortschritte der Arbeitsteilung und die Fortschritte des Glücks.

Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital, in: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg 1992, S. 49-79.

Das europäische Sozialmodell im 21. Jahrhundert. <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/02931.pdf>.

Der europäische Qualifikationsrahmen. [http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/eqf\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/eqf_de.htm).

Der europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen. [http://ec.europa.eu/education/pub/pdf/general/eqf/leaflet\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/education/pub/pdf/general/eqf/leaflet_de.pdf).

Der deutsche Qualifikationsrahmen für Hochschulabschlüsse. [http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2005/2005\\_04\\_21-Qualifikationsrahmen-HS-Abschluesse.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2005/2005_04_21-Qualifikationsrahmen-HS-Abschluesse.pdf).

DGB Vereinbarung dazu. [http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Presse/Meldungen/Pressemitteilungen/PM\\_2012/Vereinbarung\\_zum\\_Deutschen\\_Qualifikationsrahmen.pdf](http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Presse/Meldungen/Pressemitteilungen/PM_2012/Vereinbarung_zum_Deutschen_Qualifikationsrahmen.pdf).

Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung. [http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2009/2009\\_03\\_06-Hochschulzugang-erful-qualifizierte-Bewerber.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Hochschulzugang-erful-qualifizierte-Bewerber.pdf).

Qualifikationen: eine Herausforderung für Europa. [http://www.cedefop.europa.eu/EN/Files/9068\\_de.pdf](http://www.cedefop.europa.eu/EN/Files/9068_de.pdf).

Positionspapier des Zentralverbands des deutschen Handwerks und der Grünen. [http://www.zdh.de/fileadmin/user\\_upload/presse/Pressemitteilungen/2012/1201\\_Positionspapier-ZDH\\_Gruene.pdf](http://www.zdh.de/fileadmin/user_upload/presse/Pressemitteilungen/2012/1201_Positionspapier-ZDH_Gruene.pdf).

Europäische Kommission: Jugendarbeitslosigkeit: Lehre und Praktikum sind Studien zufolge nützlich, aber verbesserungswürdig. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-731\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-731_de.htm).

Aktuelles Positionspapier des BDA. [http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/id/DE\\_Bildung](http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/id/DE_Bildung)

Positionspapier der IG Metall. <http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/jupo-ausbildungsmarkt-2011-verbesserungen-aber-nicht-fuer-alle-9288.htm>.

Junge Frauen immer öfter ohne betrieblichen Ausbildungsplatz. [http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/docs\\_ig\\_metall\\_xcms\\_181407\\_2.pdf](http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/docs_ig_metall_xcms_181407_2.pdf).

nisationsmacht führen. Das ist nicht vermeidbar. Der Kampf um die Proportion von notwendiger Arbeit und Mehrarbeit wird unmittelbar zwischen den Beteiligten geführt, während der Kampf um Zuschüsse / Zuweisungen aus dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt mit politischen Vorstellungen geführt werden muss, z.B. auf der Basis der Idee, das Exklusion verwerflich und Inklusion anzustreben sei.

Dennoch, so legt ein Blick auf die Praxis nahe, scheinen diese Abgrenzungsprobleme lösbar. So berichten z.B. die Vereine, die solche inkludierende Beschäftigungen anbieten, von eher freundlichen Beziehungen zu kleinen und größeren Unternehmungen der Branche.

Alles in allem können wir davon ausgehen, dass sich dieser Sektor „wirtschaftender Verbände“ in einem langwierigen Prozess weiter strukturieren wird und regulierte Beziehungen zur Erwerbswirtschaft erreicht werden können; wobei linke Politik diesen schwierigen Prozess freundlich begleiten sollte.

Im gesellschaftlichen Maßstab steht die Definition von Mitarbeiterrechten in solchen Einrichtungen an. Gegenwärtig ist da gar nicht viel geklärt und die Übertragung der Betriebsverfassung auf Einrichtungen, in denen „Betreuer“ und „Betreute“ zusammenwirken, ist eins zu eins nicht möglich. Die publizistische Erörterung von Lösungen und Praktiken, die sich ergeben, wäre wichtig, um qualifizierte und konkrete Solidarität zu fördern.

Wenn man nun praktisch davon ausgeht, dass mit der Entwicklung der modernen Wirtschaft es dahin kommt, dass ein relevanter Anteil von Arbeitskräften die Ausbildung seiner Arbeitskraft nicht so weit treiben kann, dass eine profitliche Verwertung möglich ist, ergeben sich methodische Probleme bei der Bestimmung des Werts der Arbeitskraft als Ware.

Die Arbeiterbewegung ist in dieser Hinsicht von der Marx'schen Analyse inspiriert, denn diese ermöglicht mit der Scheidung von notwendiger Arbeit und Mehrarbeit den Kampf um den Anteil am Arbeitsprodukt, sie nimmt die Länge des Arbeitstags ins Visier und entwickelt Praxis und Begriff der „freien Zeit“, die für die Teilhabe im bürgerlichen Leben grundlegend sind.

Sie entdeckt die ökonomische Kategorie der Intensivierung der Arbeitsleistung, die den Blick auf die Organisationsmacht des Kapitalisten lenkt und die Schaffung von betrieblichen, überbetrieblichen und gesetzlichen Kontrollen und Balancen zwingend begründet.

Der analytische Eckpunkt dieser Theorie ist die Definition von Warenwert und der Arbeitskraft als Ware, die von ihren individuellen Besitzern anderen gegen Zahlung zur Verwertung überlassen wird. Mit Blick auf Erkenntnisstrahlen, die durch gesellschaftliche Gegebenheiten gesetzt sind, bemerkt Marx: „Das Geheimnis des Wertausdrucks, die Gleichheit und gleiche Gültigkeit aller Arbeiten, weil und insofern sie menschliche Arbeit überhaupt sind, kann nur entziffert werden, sobald der Begriff der menschlichen Gleichheit bereits die Festigkeit eines Volksvorurteils besitzt.“ (Das Kapital, Bd. 1, S. 75).

Die Qualität der menschlichen Gleichheit menschlichen Lebens führt in die Dimension der Zeit. Die Gleichsetzung der Zeitpartikel, – Stunde für Stunde – die von den Menschen mit „Arbeit für Andere“ verbraucht wird, entwickelt sich zum Treibsatz für die Steigerung der Produktivkraft menschlicher Arbeit durch neue Teilungen und Kombinationen der gesellschaftlichen Arbeit. In diesem Punkt schließt Marx

an Adam Smith an, der sein großes Werk „Der Wohlstand der Nationen“ mit Ausführungen über die Arbeitsteilung beginnt.

Marx Analyse, greift diese Schilderung der Entwicklung der Arbeitsteilung auf, aber mit einem merklich düsteren Unterton.

„In Manufaktur und Handwerk bedient sich der Arbeiter des Werkzeugs, in der Fabrik dient er der Maschine. Dort geht von ihm die Bewegung des Arbeitsmittels aus, dessen Bewegung er hier zu folgen hat. In der Manufaktur bilden die Arbeiter Glieder eines lebendigen Mechanismus. In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von ihnen, und sie werden ihm als lebendige Anhängsel einverleibt.“ (Das Kapital, Bd. 1, S. 444).

In der Sammlung werden wir nochmals nachlesen, wie Marx die Entwicklung hin zur Fabrik sah oder eben nicht. „Neben diese Hauptklassen (Handlanger) tritt ein numerisch unbedeutendes Personal, das mit der Kontrolle der gesamten Maschinerie und ihrer beständigen Reparatur beschäftigt ist, wie Ingenieure, Mechaniker, Schreiner usw. Es ist eine höhere, teils wissenschaftlich gebildete, teils handwerksmäßige Arbeiterklasse, außerhalb des Kreises der Fabrikarbeiter und ihnen nur aggregiert.“ (ebd.)

Im Rückblick fällt auf, dass Marx diesen neuen Typus Arbeitskraft analytisch ausblendet. Die Klassifikation als „numerisch unbedeutend“ erspart eine Erklärung des tatsächlichen Zusammenhangs. Wir wissen heute, dass diese Kombination von (Vor)wissen, Übung und Erfahrung für die Produktivität der industriellen Arbeit wesentlich sind, während die von Marx ausschließlich ins Auge gefasste extensive und intensive Verwertung der Arbeitskraft sich – auch im Spiel der Konkurrenz – eher vorübergehend auszahlt.

Marx hat eine im Fabrikwesen in der Tat systematisch angelegte Tendenz als Systemgrundlage beschrieben. Damit war zum Kampfes für Mindestlohn, für Arbeitsschutz und auch für politische Gleichberechtigung aufgerufen, das weite Feld der individuellen Lebensgestaltung durch Vorbereitung, Wahl und Ausübung eines Berufs war damit jedoch zum Dunkelfeld geworden.

Möglicherweise liegt in dieser Problematik auch eine Erklärung der unerhörten Schwierigkeiten, die sich bei den Versuchen zeigten, die entstehende internationale Arbeiterbewegung politisch zu einen. Die Probleme mit der anarchistischen Strömung, die letztlich zum Untergang der 1. Internationale führten, sind bekannt. Für unser Thema wichtig ist aber auch die Marx'sche Polemik gegen J.B. Says Lehre von den Produktionsfaktoren. Marx führt sie, um den so begründeten Anspruch von Kapitalisten und Großgrundbesitzern auf das Mehrprodukt zu delegitimieren. Mit Says These von die Bedeutung der Kenntnis der Naturgesetze und ihrer Anwendung in der Praxis setzt er sich nicht auseinander. In der Dokumentensammlung findet sich ein kurzer Abriss der Lehre Says, wie ihn Werner Hofmann im Band 2 der sozialökonomischen Studientexte, Einkommenstheorie, 1965 zusammengestellt hat. Bedeutsam für unsere Diskussion scheint hier, dass Say die Kenntnis der Naturgesetze und ihre Anwendung in der Praxis zusammen mit der Handarbeit als aufeinander angewiesen darstellt. Hier ist die Idee der funktionalen Teilung des sozialen Lebens als Ursache von gesellschaftlicher Kohäsion und Solidarität bereits angelegt, die Emile Durckheim in den 1890er Jahren der Öffentlichkeit vorlegt.



In der Sammlung dazu zunächst eine kurze Zusammenfassung des Werkes die Hans-Peter Müller in den „Hauptwerken der Soziologie“ von Durkheims Schrift „Über soziale Arbeitsteilung“ gibt; da Durkheim sich explizit auf Herbert Spencer bezieht, in der Sammlung eine knappe Darstellung dessen Werks durch Michael Kunczik, ebenfalls aus den „Hauptwerken ...“ und weiter zunächst mit Durkheims Vorrede zur 2. Auflage seines Werkes und sodann aus diesem Werk das Kapitel „Die Fortschritte der Arbeitsteilung und die Fortschritte des Glücks“. Durkheims Darstellung des Problems hat den großen Vorteil, dass sie die Phänomene der Arbeitsteilung in allen gesellschaftlichen Bereichen, nicht nur in den im engen Sinne wirtschaftlichen, in den Blick nimmt. Dies ermöglicht dann, die „Arbeit für andere“ analytisch zu trennen von der „Arbeit für den Profit anderer“.

Zum Abschluss dieses vorbereitenden Teils unserer Diskussion wollen wir uns ein weiteres Mal an den von Pierre Bourdieu entwickelte Ansatz der Heranbildung der Arbeitskraft als Akkumulationsprozess erinnern.

Es zeichnet sich folgende Fragestellung ab:

Müssen wir davon ausgehen, dass die Arbeitskräfte, deren Anstrengung die Reproduktion der modernen,

reifen Industriegesellschaft ermöglicht, als Produkt von Zeit multipliziert mit Intensität nicht mehr ausreichend beschrieben werden können?

Führen die formellen und informellen Wege der Akkumulation von Kulturkapital zu Arbeitskräften unterschiedlicher Produktivität?

Was heißt das dann für die Ausformulierung solidarisch verbindender Ziele?

Geht man von der extensiven und intensiven Dimension der Verwertung aus, so ist die Konkurrenz unter den Arbeitskräften leicht als schädlich zu erkennen. Die Gleichheit kann innerhalb des Arbeitsverhältnisses durchgesetzt werden. Wenn aber produktivere Arbeitskraft mit weniger produktiver konkurriert und wenn der Ausgleich nur außerhalb des Arbeitsprozesses erfolgen kann und zwar nicht im Kampf gegen den Ausbeuter, sondern durch Arbeit an sich selbst (Akkumulation von Kulturkapital) was dann? Die praktische Behandlung dieser Frage ist, wie oft, weiter fortgeschritten als die gedankliche Durchdringung. Wir können uns diesen Fragen noch am ehesten nähern, wenn wir uns mit Bekundungen und formulierten Ziele der sozialen Akteure beschäftigen. Dazu haben Hanne Reiner, Rolf Gehring und Rüdiger Lötzer Material gesammelt: (Siehe Verzeichnis Seite 7).

*Martin Fochler*

## Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR)

Relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit wurde seit einigen Jahren der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) entwickelt, obwohl daran viele beteiligt waren: BMFB, KMK, BA, BdA, DGB, DIHK, HRK, fzs, um nur einige zu nennen, oder anders gesagt: Politik, Sozialpartner, Wissenschaft, Studierende.

Seit langem wird auf europäischer Ebene ein bildungspolitischer Einigungsprozess angestrebt. Während dies zuerst mit Blick auf einheitliche Abschlüsse angestrebt wurde, wird derzeit mit Hilfe eines Referenzrahmens versucht, die Vergleichbarkeit von Kompetenzen zu ermöglichen. Damit sollen „Niveaus von Tätigkeitsanforderungen unabhängig von Bildungsabschlüssen“ typisiert „und somit Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt“ besser abgeglichen werden. Die Mobilität der Arbeitskräfte ist durchaus als Triebkraft zu sehen.

Ausgangspunkt für die Entwicklung des DQR war die Empfehlung des Europäischen Parlaments vom April 2008. Danach sollten die Mitgliedsstaaten auf Basis des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) nationale Modelle entwickeln.

In Deutschland haben die o.g. Akteure dies in schwierigen Diskussionen und Auseinandersetzungen getan und Anfang 2011 den nachfolgend abgebildeten DQR vereinbart.

Dass es Schwierigkeiten gab – und auch noch nicht alle Differenzen geklärt sind – ist insofern nicht verwunderlich, als vermutlich erstmals der Versuch unternommen wurde, auf unterschiedlicher Art erworbene Kompetenzen zu vergleichen. Oder anders

gesagt: berufliche Ausbildung wird mit akademischer Ausbildung verglichen. Das geht „ans Eingemachte“.

Gleichwertig – nicht gleichartig. Während dies Gewerkschaften schon seit längerem fordern, z.B. um den Hochschulzugang für Berufstätige zu erleichtern, tun sich insbesondere die Universitäten schwer damit.

Erreicht werden konnte z.B. die Gleichwertigkeit von Bachelor, Fachschule, Fachwirt, Meister, die alle dem Niveau 6 zugeordnet wurden.

Die berufliche zweijährige Erstausbildung wird dem Niveau 3, die 3 bzw. 3,5 jährige Erstausbildung dem Niveau 4 zugeordnet. Bei der Zuordnung allgemeinbildender Schulabschlüsse gab es keine Einigung, wie das Abitur zu werten sei (Stufe 4 oder 5, also hochwertiger als ein Fachabschluss oder gleichwertig).

Nach fünf Jahren soll eine Überprüfung der Zuordnungen erfolgen. Bis dahin müssen alle Ausbildungsordnungen und alle allgemeinbildenden Schulabschlüsse hinsichtlich der von ihnen vermittelten Kompetenzen überarbeitet werden.

Der DQR alleine schafft noch keinen Zugang zur Hochschule oder ermöglicht keinen Anspruch auf eine tarifliche Eingruppierung. Er bietet jedoch die Möglichkeit, langfristig die Abschottung von akademischem und nichtakademischem Arbeitsmarkt durch die gegenseitige Anerkennung jeweils erworbener Qualifikationen durchlässiger zu machen.

*Hanne Reiner*

### Leseempfehlungen:

**Erläuterungen und Dokumentation des DQR:** [http://www.zdh.de/fileadmin/user\\_upload/themen/Bildung/Bildungspolitik/DQR\\_Gesamtdokument\\_110322.pdf](http://www.zdh.de/fileadmin/user_upload/themen/Bildung/Bildungspolitik/DQR_Gesamtdokument_110322.pdf)

**Aktueller Stand der Weiterarbeit:** <http://www.deutscherqualifikationsrahmen.de/de?t=documentManager/sf-doc.file.detail&fileID=1339578810220>

**Broschüre des DGB:** [http://www.gew.de/Binaries/Binary48679/DQR\\_DGB-Bildung24s\\_z.pdf](http://www.gew.de/Binaries/Binary48679/DQR_DGB-Bildung24s_z.pdf)

**!!! Siehe auch die Auszüge aus dem DQR auf den beiden folgenden Seiten !!!**

# V. DQR-Matrix

Aus: **Diskussionsvorschlag eines Deutschen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen.**

Erarbeitet vom „Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen“. Februar 2009

(Einführung, Matrix, Glossar)

## NIVEAU 1

Über Kompetenzen zur Erfüllung einfacher Anforderungen in einem überschaubar und stabil strukturierten Lern- oder Arbeitsbereich verfügen. Die Erfüllung der Aufgaben erfolgt unter Anleitung.

Fachkompetenz		Personale Kompetenz	
Wissen	Fertigkeiten	Sozialkompetenz	Selbstkompetenz
Über elementares allgemeines Wissen verfügen. Einen ersten Einblick in einen Lern- oder Arbeitsbereich haben.	Über kognitive und praktische Fertigkeiten verfügen, um einfache Aufgaben nach vorgegebenen Regeln auszuführen und deren Ergebnisse zu beurteilen. Elementare Zusammenhänge herstellen.	Mit anderen zusammen lernen oder arbeiten, sich mündlich und schriftlich informieren und austauschen.	Unter Anleitung lernen oder arbeiten. Das eigene und das Handeln anderer einschätzen und Lernberatung annehmen

## NIVEAU 2

Über Kompetenzen zur fachgerechten Erfüllung grundlegender Anforderungen in einem überschaubar und stabil strukturierten Lern- oder Arbeitsbereich verfügen. Die Erfüllung der Aufgaben erfolgt weitgehend unter Anleitung.

Fachkompetenz		Personale Kompetenz	
Wissen	Fertigkeiten	Sozialkompetenz	Selbstkompetenz
Über grundlegendes allgemeines Wissen und grundlegendes Fachwissen in einem Lern- oder Arbeitsbereich verfügen.	Über grundlegende kognitive und praktische Fertigkeiten zur Ausführung von Aufgaben in einem Lern- oder Arbeitsbereich verfügen und deren Ergebnisse nach vorgegebenen Maßstäben beurteilen sowie Zusammenhänge herstellen.	In einer Gruppe mitwirken. Allgemeine Anregungen und Kritik aufnehmen und äußern. In mündlicher und schriftlicher Kommunikation situationsgerecht agieren und reagieren.	In bekannten und stabilen Kontexten weitgehend unter Anleitung verantwortungsbewusst lernen oder arbeiten. Das eigene und das Handeln anderer einschätzen. Vorgegebene Lernhilfen nutzen und Lernberatung nachfragen.

## NIVEAU 3

Über Kompetenzen zur selbstständigen Erfüllung fachlicher Anforderungen in einem noch überschaubaren und zum Teil offen strukturierten Lernbereich oder beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen.

Fachkompetenz		Personale Kompetenz	
Wissen	Fertigkeiten	Sozialkompetenz	Selbstkompetenz
Über erweitertes allgemeines Wissen oder über erweitertes Fachwissen in einem Lernbereich oder beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen.	Über ein Spektrum von kognitiven und praktischen Fertigkeiten zur Planung und Bearbeitung von fachlichen Aufgaben in einem Lernbereich oder beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen. Ergebnisse nach weitgehend vorgegebenen Maßstäben beurteilen, einfache Transferleistungen erbringen.	In einer Gruppe mitwirken und punktuell Unterstützung anbieten. Die Lern- oder Arbeitsumgebung mitgestalten, Abläufe und Ergebnisse adressatenbezogen darstellen.	Auch in weniger bekannten Kontexten selbstständig und verantwortungsbewusst lernen oder arbeiten. Das eigene und das Handeln anderer einschätzen. Lernberatungen nachfragen und verschiedene Lernhilfen auswählen.

## NIVEAU 4

Über Kompetenzen zur selbstständigen Planung und Bearbeitung fachlicher Aufgabenstellungen in einem umfassenden, sich verändernden Lernbereich oder beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen.

Fachkompetenz		Personale Kompetenz	
Wissen	Fertigkeiten	Sozialkompetenz	Selbstkompetenz
Über vertieftes allgemeines Wissen oder über fachtheoretisches Wissen in einem Lernbereich oder beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen.	Über ein breites Spektrum kognitiver und praktischer Fertigkeiten verfügen, die selbstständige Aufgabenbearbeitung und Problemlösung sowie die Beurteilung von Arbeitsergebnissen und -prozessen unter Einbeziehung von Handlungsalternativen und Wechselwirkungen mit benachbarten Bereichen ermöglichen. Transferleistungen erbringen.	Die Arbeit in einer Gruppe und deren Lern- oder Arbeitsumgebung mitgestalten und kontinuierlich Unterstützung anbieten. Abläufe und Ergebnisse begründen. Über Sachverhalte umfassend kommunizieren.	Sich Lern- und Arbeitsziele setzen, sie reflektieren, bewerten und verantworten.

DGBbildung

## NIVEAU 5

Über Kompetenzen zur selbstständigen Planung und Bearbeitung umfassender fachlicher Aufgabenstellungen in einem komplexen, spezialisierten, sich verändernden Lernbereich oder beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen.

Fachkompetenz		Personale Kompetenz	
Wissen	Fertigkeiten	Sozialkompetenz	Selbstkompetenz
Über integriertes Fachwissen in einem Lernbereich oder integriertes berufliches Wissen in einem Tätigkeitsfeld verfügen. Das schließt auch vertieftes fachtheoretisches Wissen ein. Umfang und Grenzen des Lernbereichs oder beruflichen Tätigkeitsfelds kennen.	Über ein sehr breites Spektrum spezialisierter kognitiver und praktischer Fertigkeiten verfügen. Arbeitsprozesse übergreifend planen und sie unter umfassender Einbeziehung von Handlungsalternativen und Wechselwirkungen mit benachbarten Bereichen beurteilen. Umfassende Transferleistungen erbringen.	Arbeitsprozesse kooperativ, auch in heterogenen Gruppen, planen und gestalten, andere anleiten und mit fundierter Lernberatung unterstützen. Auch fachübergreifend komplexe Sachverhalte strukturiert, zielgerichtet und adressatenbezogen darstellen.	Eigene und fremd gesetzte Lern- und Arbeitsziele reflektieren, bewerten, selbstgesteuert verfolgen und verantworten sowie Konsequenzen für die Arbeitsprozesse im Team ziehen.

## NIVEAU 6

Über Kompetenzen zur Bearbeitung von umfassenden fachlichen Aufgaben- und Problemstellungen sowie zur eigenverantwortlichen Steuerung von Prozessen in Teilbereichen eines wissenschaftlichen Faches<sup>1</sup> oder in einem beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen. Die Anforderungsstruktur ist durch Komplexität und häufige Veränderungen gekennzeichnet.

Fachkompetenz		Personale Kompetenz	
Wissen	Fertigkeiten	Sozialkompetenz	Selbstkompetenz
Über breites und integriertes Wissen, einschließlich der wissenschaftlichen Grundlagen, sowie über neuestes Fachwissen in Teilbereichen eines wissenschaftlichen Faches oder über breites und integriertes berufliches Wissen einschließlich der aktuellen fachlichen Entwicklungen verfügen. Über einschlägiges Wissen an Schnittstellen zu anderen Bereichen verfügen.	Über ein sehr breites Spektrum an Methoden zur Bearbeitung komplexer Probleme in einem Lernbereich oder beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen. Neue Lösungen erarbeiten und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Maßstäbe beurteilen, auch bei sich häufig ändernden Anforderungen.	In Expertenteams verantwortlich arbeiten oder Gruppen oder Organisationen <sup>2</sup> verantwortlich leiten. Die fachliche Entwicklung anderer anleiten und vorausschauend mit Problemen im Team umgehen. Komplexe fachbezogene Probleme und Lösungen gegenüber Fachleuten argumentativ vertreten und mit ihnen weiterentwickeln.	Ziele für Lern- und Arbeitsprozesse definieren, reflektieren und bewerten und Lern- und Arbeitsprozesse eigenständig und nachhaltig gestalten.

## NIVEAU 7

Über Kompetenzen zur Bearbeitung von neuen komplexen Aufgaben- und Problemstellungen sowie zur eigenverantwortlichen Steuerung von Prozessen in einem wissenschaftlichen Fach oder in einem strategieorientierten beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen. Die Anforderungsstruktur ist durch häufige und unvorhersehbare Veränderungen gekennzeichnet.

Fachkompetenz		Personale Kompetenz	
Wissen	Fertigkeiten	Sozialkompetenz	Selbstkompetenz
Über umfassendes, detailliertes und spezialisiertes Wissen auf dem neuesten Erkenntnisstand in einem wissenschaftlichen Fach oder über umfassendes berufliches Wissen in einem strategieorientierten beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen. Über erweitertes Wissen in angrenzenden Bereichen verfügen.	Über spezialisierte fachliche oder konzeptionelle Fertigkeiten zur Lösung auch strategischer Probleme in einem wissenschaftlichen Fach oder in einem beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen. Auch bei unvollständiger Information Alternativen abwägen. Neue Ideen oder Verfahren entwickeln, anwenden und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Beurteilungsmaßstäbe bewerten.	Gruppen oder Organisationen im Rahmen komplexer Aufgabenstellungen verantwortlich leiten und ihre Arbeitsergebnisse vertreten. Die fachliche Entwicklung anderer gezielt fördern. Bereichsspezifische und -übergreifende Diskussionen führen.	Für neue anwendungs- oder forschungsorientierte Aufgaben Ziele unter Reflexion der möglichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen definieren, geeignete Mittel einsetzen und hierfür Wissen selbstständig erschließen.

## NIVEAU 8

Über Kompetenzen zur Gewinnung von Forschungserkenntnissen in einem wissenschaftlichen Fach oder zur Entwicklung innovativer Lösungen und Verfahren in einem beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen. Die Anforderungsstruktur ist durch neuartige und unklare Problemlagen gekennzeichnet.

Fachkompetenz		Personale Kompetenz	
Wissen	Fertigkeiten	Sozialkompetenz	Selbstkompetenz
Über umfassendes, spezialisiertes und systematisches Wissen auf dem neuesten Erkenntnisstand in einem oder mehreren Spezialgebieten eines wissenschaftlichen Faches oder über umfassendes berufliches Wissen in einem strategie- und innovationsorientierten beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen. Über entsprechendes Wissen an den Schnittstellen zu angrenzenden Bereichen verfügen.	Über umfassend entwickelte Fertigkeiten zur Identifizierung und Lösung neuartiger Problemstellungen in den Bereichen Forschung, Entwicklung oder Innovation in einem spezialisierten wissenschaftlichen Fach oder in einem beruflichen Tätigkeitsfeld verfügen. Innovative Prozesse auch tätigkeitsfeldübergreifend konzipieren, durchführen, steuern, reflektieren und beurteilen. Neue Ideen und Verfahren beurteilen.	Gruppen oder Organisationen in herausgehobener Verantwortung leiten, dabei ihre Potenziale aktivieren. Die fachliche Entwicklung anderer nachhaltig gezielt fördern. Fachübergreifend Diskussionen führen und in fachspezifischen Diskussionen innovative Beiträge einbringen.	Für neue komplexe anwendungs- oder forschungsorientierte Aufgaben Ziele unter Reflexion der möglichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen definieren, geeignete Mittel wählen und neue Ideen und Prozesse entwickeln.

## ► Bildungssystem: Chancen für Verbesserung

In der Diskussion über das „System Bildung“ befassten wir uns zunächst mit der bildungspolitischen Diskussion im Rahmen der sogenannten „Lissabon-Strategie“ der Europäischen Union, beispielhaft skizziert in einem kurzen Aufsatz von Nicolette Kressl, damals stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, aus dem Jahr 2005.

### Lissabon-Strategie der EU

„Der internationale Wettbewerb in den herstellenden Industrien verschärft sich. Mit den niedrigen Löhnen in Asien können und wollen wir nicht mithalten. In Europa müssen wegen der demografischen Entwicklung weniger Menschen mehr erwirtschaften. Unsere Wohlfahrtssysteme können wir nur erhalten, wenn wir auf den Rohstoff ‚Wissen‘ setzen“, heißt es dort. Und weiter: „Deshalb hat der Europäische Rat im März 2000 in Lissabon das Ziel aufgestellt, die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen ... Eine wesentliche Komponente der Lissabon-Strategie ist lebenslanges Lernen, das nicht nur zur Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit beitragen soll, sondern auch für die soziale Eingliederung, den Bürgersinn und die persönliche Entwicklung des Einzelnen von Belang ist.“

(alle Zitate aus: Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Das Europäische Sozialmodell im 21. Jahrhundert, Seite 42).

Bereits 2001 hat die EU auf dieser Basis einen „europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“ wollen. Im Juni 2002 hat der „Europäische Bildungsministerrat“ zu „umfassenden Strategien“ in diesem Sinne aufgefordert. Bis 2005 sollten alle Mitgliedsstaaten „nationale Strategien für lebenslanges Lernen“ verabschieden.

Der Ausbau der Kindertagesstätten, von Einrichtungen der beruflichen Bildung, Programme zur Qualifizierung von Arbeitslosen, aber auch Programme zur Förderung der beruflichen Weiterbildung beruhen zum Teil auf diesen EU-weiten Abmachungen.

### Lebenslanges Lernen als persönliches Recht

Ein interessantes Beispiel ist dabei ein System der Förderung lebenslangen Lernens, das bereits 2001 in Schweden beschlossen wurde und in der eben genannten FES-Broschüre geschildert wird: „Schweden hat die staatliche Studienunterstützung im Jahre 2001 in einem einheitlichen System zusammengefasst. Junge und erwachsene Lernende können staatliche Studienunterstützung für den Erwerb eines Schulabschlusses, eines berufsqualifizierenden Abschlusses oder eines Hochschulabschlusses erhalten, wann immer sie in ihrem Lebenslauf einen solchen Abschluss anstreben. Die monatliche Studienunterstützung entspricht in ihrer Höhe der Arbeitslosenunterstützung und besteht aus einem Zuschuss- und einem Darlehensanteil. Der Zuschussanteil an der Studienunterstützung beläuft sich bei Lernern bis zum 25. Lebensjahr auf 34,5%. Lerner ab dem 26. Lebensjahr erhal-

ten für das Nachholen eines Schul- oder Ausbildungsabschlusses eine Studienunterstützung, deren Zuschussanteil 82% beträgt. Die Altersgrenze bei der staatlichen Unterstützung liegt generell bei 50 Jahren, in Ausnahmefällen bei 55 Jahren. Die Kommunen sind verpflichtet, die Angebote für das Nachholen schulischer Abschlüsse bereit zu halten. Schwedische Universitäten sind in stärkerer Weise als deutsche Hochschulen auch für erwachsene Lerner zugänglich, die nach Abschluss der Schulzeit zunächst einer Berufstätigkeit nachgegangen sind.“ (a.a.O., S. 53)

Übersetzt in den deutschen Sprachgebrauch bedeutet das schwedische Modell so etwas wie einen persönlichen Rechtsanspruch auf den Erwerb einer Facharbeiterqualifikation bis zum 50. oder 55. Lebensjahr.

Die „Lissabon-Strategie“ und eine europäische Strategie lebenslangen Lernens sind, darin waren wir uns einig, ein wichtiger Hintergrund zum Verständnis auch des „Deutschen Qualifikationsrahmens“ und des „Europäischen Qualifikationsrahmens“, bei denen es einerseits um eine europaweite Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen geht, aber auch um die Gleichwertigkeit verschiedener Bildungsabschlüsse.

### „Fachkräftesicherung“ und „demografische Entwicklung“

Die aktuellen Themen „Fachkräftesicherung“ und „demografische Entwicklung“ sind, das machte das Studium weiterer Dokumente wie beispielsweise eines aktuellen gemeinsamen Positionspapiers des „Zentralverbands des Deutschen Handwerks“ (ZDH) und der Grünen (vom 5. April 2012, zu finden unter [www.zdh.de](http://www.zdh.de)) deutlich, ein Grund, weshalb in allen gesellschaftlichen Bereichen zunehmend über die Verbesserung des Bildungssystems, mehr vorschulische Bildung, bessere Übergänge zwischen Schulen und Arbeitswelt etc. nachgedacht wird. Dass so unterschiedliche Akteure wie der Handwerksverband und die eher im akademischen Milieu angesiedelten Grünen gemeinsam für ein flächendeckendes frühkindliches Betreuungs- und Bildungsangebot plädieren, für eine deutliche Qualitätsverbesserung des allgemeinbildenden Schulsystems, für die Stärkung der dualen Ausbildung, für leichtere Übergänge von Schulen zum Arbeitsleben und die Stärkung des lebenslangen Lernens, für mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen und für eine bessere Integration von Migrantinnen und Migranten in das Berufsbildungssystem und die Arbeitswelt, ist eine Entwicklung, die vor wenigen Jahren vermutlich niemand erwartet hätte. Sie macht deutlich, wie beunruhigt viele gesellschaftliche Kräfte über die ungenügende Qualität des deutschen Bildungssystems, die demografische Entwicklung und die damit bereits sichtbaren und in Zukunft noch stärker werdenden Fachkräfteprobleme der Wirtschaft heute sind. Beides sind Rahmenbedingungen, die linke Reformforderung für eine Verbesserung des Bildungssystems und für bessere Zukunftschancen für junge Menschen erleichtern.

Rüdiger Lötzer

## Parteiensystem relaoded – Kurs Philosophie widmet sich im Winter erneut dem Problem, griffiges Material für einen strukturierten Einstieg ins Thema zu finden

Viele Fragen zum Thema ergeben sich erst aus der Befassung damit: Im Folgenden wird ein Text, den der Sommerkurs behandelt hat, genauer vorgestellt. Welche Texte wir im Winterkurs genau behandeln werden, liegt noch nicht fest.

Die Argumentation von Martin Morlok in seinem Beitrag: „Politische Chancengleichheit durch Abschottung? Die Filterwirkung politischer Parteien gegenüber gesellschaftlichen Machtpositionen“ hat eine erstaunliche Tiefenwirkung: nicht nur eng ums Thema des Parteiensystems eröffnet Morlok eine Diskussion um den oft unerwarteten Zusammenhang zwischen hehren Absichten und sich einstellenden Wirkungen der diesen Absichten folgenden Politik.

Morlok sieht „Gesellschaftliche Freiheit als Bedrohung politischer Chancengleichheit“:

„Eine freiheitliche Verfassung der Gesellschaft produziert Vielfalt: Wegen der Unterschiede des Talentes, des Fleißes, auch der dem Einzelnen vorgegebenen Entfaltungsmöglichkeiten. Die Freiheit des Einzelnen ist für sich wünschenswert, hat aber eben auch erhebliche gesamtgesellschaftliche Auswirkungen: Sie steigert den Reichtum der Gesellschaft in den verschiedensten Dimensionen: nicht nur wirtschaftlicher Reichtum, sondern auch kultureller, wissenschaftlicher, sportlicher Reichtum entfalten sich, wenn die Menschen ungehindert ihren Neigungen nachgehen und ihre Ziele verfolgen können. Ein relativ freier gesellschaftlicher Prozess schafft aber auch Unterschiede zwischen den Menschen. Freiheit führt zu Ungleichheit. In einer freiheitlich verfassten Gesellschaft verfügen die Bürger in Konsequenz dessen auch in ganz unterschiedlichem Maß über die verschiedenen Ressourcen, über Geld, über Reputation, über Wissen, über Organisationen, über soziales Kapital.

Diese gesellschaftliche Ungleichheit stellt nun eine Bedrohung der Chancengleichheit dar, die *nach den normativen Vorgaben in der Politik gelten soll* (Hervorhebung durch Autorin dieses Artikels). Die unterschiedliche Verfügungsmacht über Geld, Ansehen, organisatorische Hilfsmittel und anderes stellt die Möglichkeiten allseitiger chancengleicher Einwirkung auf die Politik in Frage. Wer über mehr Machtmittel verfügt (und politischen Einfluss ausüben will), ist schnell bei der Hand, die ihm zu Gebote stehenden Mittel auch für seine politischen Zwecke einzusetzen. Das geht aber notwendigerweise zu Lasten derjenigen Bürger, die nicht über vergleichbare Hilfsmittel verfügen. Das institutionalisierte System der chancengleichen Mitwirkung in Demokratie hat also in der – freiheitsproduzierten – gesellschaftlichen Ungleichheit ein ernstzunehmendes Problem.“<sup>1</sup>

Bevor hier die Skepsis Oberhand gewinnt, sollte die zwingende Logik in dieser Argumentation nicht übersehen werden. Es geht hier auch nicht darum, etwa über Höhe von Steuern oder z.B. Manipulation des Zugangs zu höherer Bildung für Akademikerkinder zu sprechen – Methoden, die zur Steuerung der Gesellschaft im Sinne einer Beseitigung von struktureller Ungleichheit dienen sollen –, es geht Morlok um die „Notwendigkeit von Vorkehrungen

zur Sicherung *politischer* (Hervorhebung durch Autorin) Chancengleichheit“; dies natürlich immer auch unter der Voraussetzung, dass diese (oder etwas in der Art) politisch überhaupt gewollt wird. Morlok will dies auf jeden Fall und kommt daher zu dem Schluss: „Angesichts der gesellschaftlichen Ungleichheit kann Demokratie nicht lediglich ein System der Beeinflussbarkeit des staatlichen Entscheidungshandelns durch die Bürger sein, vielmehr bedarf es unter dem Ideal der von der Volkssouveränität gebotenen politischen Chancengleichheit eines institutionellen Arrangements, das die tatsächliche Gleichheit der Einwirkungsmöglichkeiten gewährleistet. Hierzu bedarf es spezifischer Vorkehrungen.“

Die erste dieser Vorkehrungen ist seiner Argumentation folgend das „Wahlrecht als Gleichmacher“. „Alle Verdienste jenseits der Politik zählen nichts, für die Verteilung politischer Macht werden nur die – eben an alle Wähler gleich verteilten – Stimmen gezählt. Das gleiche Wahlrecht neutralisiert also die gesellschaftlichen Unterschiede jeglicher Art und bildet damit eine wesentliche Bedingung für die Ausdifferenzierung des politischen Systems.“ Morlok führt zur Absicherung dieser These interessante philosophische und soziologische Theorien ins Feld, die den Unterschied zwischen Gleichheit der Lebensumstände und Gleichheit aufgrund Gesetz hinsichtlich dem spezifisch politischen Bereich ausleuchten. Morlok belegt damit seine zentrale These:

„Der Durchgang der politischen Willensbildung durch die politischen Parteien steigert die politische Chancengleichheit.“

Unter politischen Parteien will Morlok freilich nicht alles verstehen, was sich selbst Partei nennt, sondern recht eng umgrenzt das, was das bundesdeutsche Parteiengesetz als Partei zulässt. Weiter stellt Morlok fest:

„Zu den wesentlichen Errungenschaften einer verfassten Demokratie, welche die faktische Bedeutsamkeit des gleichen Wahlrechts und damit die politische Chancengleichheit sichern, zählen die politischen Parteien.“

Wie kommt er zu diesen Schlussfolgerungen?

Morlok schreibt den Parteien drei „Kernfunktionen“ zu (nicht ohne vorher andere Theorien zu diesem Thema vorgestellt zu haben): 1. Interessensvermittlung; 2. Betrieb des politischen Systems; 3. Durchsetzung eigenen Personals (Sozialisationsfunktion der Parteien (von Aleman 2003: 211f). Morlok erinnert daran, dass „Demokratie nach dem Grundgesetz (...) eine Organisationsform der Herrschaft (ist), in der diese ihre Legitimation vom Volk ableitet, Art. 20 Abs. 2 GG.“ Er argumentiert weiter, dass ein wesentlicher Unterschied zwischen politischen Parteien und den im politischen Bereich tätigen Verbänden genau darin besteht, „dass Vertreter gesellschaftlich starker Interessen ... im Gerangel der verschiedenen Interessengruppen bessere Chancen haben. ... Dass schwache Kräfte stark werden ist deutlich unwahrscheinlicher, als dass sich über Wahlen erhebliche Änderungen der politischen Stärkeverhältnisse einstellen.“

Morlok kennt das Partei-Innenleben offensichtlich

ganz gut. Er spricht von „Ochsentour“, die einer durchlaufen muss, wenn er in der Partei was werden will. Man brauche dafür „Stallgeruch“ usw. und fasst dies als Durchlauf einer politischen Sozialisation zusammen, als Erlernung des politischen Handwerks, „man wird ... zum Spezialisten für die Zusammenführung von Mehrheiten“.

Anhand der strikten Regulierungen für die Parteienfinanzen führt Morlok aus, wie Einflussnahme von Systemen aus der Umwelt des Parteiensystems verhindert werden sollen. Politik wird parteigetragen und dadurch wird die größtmögliche politische Chancengleichheit hergestellt, so seine These. Er sieht allerdings auch das Dilemma: „Die Parteien sind nötig, gar unersetzbar, zugleich wirkt ihre Spezialisierung auf ihre Aufgabe der politischen Einwirkung der politischen Teilhabe des normalen Bürgers entgegen.“ Diesem Dilemma kann das Parteiensystem nach Morlok nicht entkommen, die Problematik zwischen Öffnung und Abschottung stelle eine permanente Herausforderung an politische

Parteien und eine wesentliche Quelle für Veränderungen des Parteiensystems dar.

Zum Schluss seiner Abhandlung kommt Morlok noch auf die Formen der direkten Demokratie als Gegengift gegen eine „parteiliche Sklerosierung der Politik“. Er weist auf das Risiko des Nutzens direktdemokratischer Entscheidungen für gesellschaftlich eher starke Gruppen hin, die schwachen würden eher benachteiligt. Interessant ist der Schlusssatz: „Noch ist nicht erkennbar, wie die egalisierende Wirkung der parteigetragenen Politik ohne die Parteien erreicht werden kann.“

Unter anderem dieser Frage wollen wir im Winterkurs der Linken Schule weiter nachgehen.

*Eva Detscher*

- 1 Politische Chancengleichheit durch Abschottung? Die Filterwirkung politischer Parteien gegenüber gesellschaftlichen Machtpositionen. Martin Morlok. Aus: Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? 2010, Herausgeber: Dr. David Gehne, Dr. Tim Spier. ISBN: 978-3-531-16670-4 (Print) 978-3-531-92497-7 (Online)

## **ANKÜNDIGUNG WINTERSCHULE, 2. – 4.1.2013 IN ERFURT, KURS WIRTSCHAFT**

### **Die öffentliche Hand und das Wirtschaftsleben – Die Aufgaben der Bundesländer**

Mit der zunehmenden Bereitstellung sozialer Leistungen und technischer Infrastruktur durch die öffentliche Hand tritt neben der Staatsaufgabe der Setzung rechtlicher Rahmenbedingungen die Erbringung von Wirtschaftsleistungen. Um die Planung und Durchführung der dazu erforderlichen Investitionen entwickeln sich lebhaft politische Diskussionen. Die Wählerschaft in ihrer ganzen Breite positioniert sich, reflektiert Kosten und Langzeitwirkungen, wägt den Wert von Projekten gegeneinander ab, blockiert und fordert, reflektiert und rätioniert und nimmt durch Wahlen und Abstimmungen Einfluss.

In der politischen Ordnung der BRD wird ein großer Teil dieser Auseinandersetzung im Kräftespiel der kommunalen Selbstverwaltung verarbeitet. Allerdings kommt bei den großen, oft für Jahrzehnte strukturbildenden Investitionen gerade den Bundesländern eine bestimmende Rolle zu. Über den Bundesrat können sie Einfluss auf die Planung der Bundesregierung nehmen. In ihrem eigenen Bereich sammeln sich bei den Landesministerien und -ämtern die Daten, schließen sich schon im tagtäglichen Gang der Regierungsgeschäfte Kontakte zu den großen Wirtschaftsunternehmen und Verbänden. Schließlich liegt die Aufgabe der Kommunalaufsicht bei den Landesregierungen.

Dieses Netzwerk überwiegend exklusiver, innerreligiöser Beziehungen ist offenbar an die Grenze seines Leistungsvermögens gestoßen. Eine breite Öffentlichkeit ist mit der Planung und den absehbaren Ergebnissen unzufrieden. Die Forderung nach Öffentlichkeit und Transparenz ist in aller Munde.

In unserem Kurs wollen wir uns vor allem mit der Frage beschäftigen, wie die langfristige Zielsetzung der Landesentwicklung vermehrt in die öffentliche Auseinandersetzung gezogen werden können.

Dazu wollen wir uns anhand ausgewählter Beispiele mit der Rolle von Interventionen der öffentlichen Hand in wirtschaftlichen Wandlungsprozessen auseinandersetzen.

#### **Bayern:**

a) Politische Konzepte wirtschaftlicher Entwicklung in der Geschichte. Zeit der Industrialisierung im Königreich Bayern. Problem und Chancen der wirtschaftlichen Entwicklung durch Verflechtung mit „fernen Märkten“. Verkehrskonzepte, Energieversorgung, Siedlungskonzepte. Zusammenspiel von Gewerbe, Wissenschaft und Kultur. Zu Diskussion werden Dokumente aus der Wirtschaftsgeschichtsschreibung herangezogen.

b) Aktuelle Konzepte: „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land“ – Ein allgemein anerkanntes Ziel wird verfehlt. Zu Diskussion werden Dokumente aus der Programmatik von Parteien und Verbände in Bayern herangezogen.

#### **NRW, Rhein und Ruhr:**

a) Wirtschaftliche Entwicklung im historischen Rückblick

Kohle, Stahl, Krupp und Kaiserreich: Das Ruhrgebiet als Waffenschmiede der Nation – Ein imperiales Konzept.

Braunkohle, Chemie und Automobilbau: Großwirtschaft im Rheinland zwischen den Weltkriegen bis zur Nachkriegszeit

b) Landesentwicklung heute. Formuliert Ziele der Wirtschaftsverbände, der Kommunen und Regionalverbände und der Gewerkschaften.

Abschließend wollen wir uns mit einem wirtschaftswissenschaftlichen Gegenstand im engeren Sinn befassen. Was sagt die wirtschaftswissenschaftliche Theorie zu Kosten und Nutzen öffentlicher Investitionen, wie werden diese erfasst bzw. bewertet, was ist der letzte Stand der wissenschaftlichen Debatte über solche Vorhaben, deren Planung und Realisierung?

Vorbereitung: Martin Fochler, Rüdiger Lötzer, Thorsten Jannoff, Jörg Detjen.

Wir hoffen bis zur Dezemberausgabe der Politischen Berichte schon mehr zur Auswahl konkreter Texte mitteilen zu können.

## Informationen zur Winterschule 2013 – Bitte Änderungen beachten

Die Lage und Dauer der „Schule“ hat sich verändert. Wir tagen von Donnerstag (14 Uhr) bis Samstag (18 Uhr). Die Mitgliederversammlung wird am Donnerstagabend stattfinden, so dass gegebenenfalls der Freitagabend noch als Seminarzeit genutzt werden kann.

Wir bitten darum, die An- und Abfahrtszeiten so zu legen, dass der verkürzte Seminarzeitraum voll ausgeschöpft werden kann und nicht durch frühere Abfahrtszeiten weiter reduziert wird.

Somit findet die Winterschule 2013 von Donnerstag, 3.1., bis Samstag, 5.1.2013, in Erfurt statt. Beginn ist am Donnerstag um 14 Uhr, Ende am Samstag um 18 Uhr.

Die ArGe-Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, 3.1., voraussichtlich 19 Uhr, statt.

Wir tagen erneut in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingensteinstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 4 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingensteinstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Die Kosten für Ü/F sind gestiegen und betragen ca. 29,50 Euro + ca.1 Euro Kurtaxe pro Person.

Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben.

Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Anmeldungen bitte bis 1. Dezember und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

## Protokoll der Mitgliederversammlung „Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – soziale Befreiung (ArGe)“ am 3.8.2012 in Erfurt

An der Mitgliederversammlung nahmen 22 Genossinnen und Genossen teil.

Tagesordnung:

1. Arbeitsvorhaben
2. Berichte aus den Kursen der laufenden Sommerschule
3. WS-Schule 2013/Sommer-Schule 2013
4. Finanzen
5. Rundbrief

Sitzungsleitung: Brigitte Wolf

Protokoll: Hanne Reiner

### 1. Arbeitsvorhaben

Martin Fochler berichtet über das Archivierungsvorhaben. Es gibt Urheberrechts- bzw. Copyrightfragen in Bezug auf Beiträge in unseren alten Publikationen, insbesondere bei einer Archivierung im Internet.

Der sachlich/inhaltliche Teil des Archivs wird bei der RLS verortet. Hierzu hat es Gespräche gegeben, weitere folgen demnächst. Von der technischen Seite her wird mit einem Typo-3-System gearbeitet.

Die Arbeit ist umfangreich und dauert.

### 2. Berichte aus den Kursen der laufenden Sommerschule.

**Kurs Philosophie/Kulturwissenschaften:** Am ersten Tag wurde der Beitrag von Kahrs/Pätzolt in den Politischen Berichten Nr. 8 diskutiert. Aufgrund der Teilnehmenden kommt gut die Außen- und Innensicht zum Tragen. Es wird kurz über die Milieuentwicklung in Deutschland und die sich daraus ergebenden Folgerungen für den Parteidiskurs gesprochen.

**Kurs internationale Politik:** Diskutiert werden verschiedene Konzepte/Vorschläge aus der LINKEN, es gibt nicht *das* Konzept. Wie positioniert sich die LINKE bei den nächsten Europawahlen? Aufgrund der Erfahrung dominieren eher Befürchtungen.

**Kurs Wirtschaft:** Das Thema des Kurses ist um-

fänglich. Zu Beginn wurden wie immer Klassiker gelesen, von Smith, Marx, Say hin zu Durkheim und Bourdieu.

Die Themen unserer Kurse betreffen wichtige Themen, die in der LINKEN strittig sind: Europa, Parteienbildung, „Gesamtarbeiter“.

Übereinstimmend wird festgehalten, dass das Diskussionsklima offener ist als früher, insbesondere bietet die RLS Raum für solche Diskussionen.

### 3. Winter- und Sommerschule 2012

Die Winterschule findet vom 3.-5.1.2013 statt. Aufgrund der aktuellen Entwicklung in Europa soll eine Veranstaltung zum Thema „Landesentwicklung in Europa“ (Arbeitstitel) stattfinden. Denkbare Referenten aus der LINKEN in Thüringen wären Bodo Ramelow und/oder Gabi Zimmer. Rüdiger wird beauftragt, alles Weitere zu klären.

Die Sommerschule 2013 wird für den 25.-27.7. geplant. Da im Herbst Bundestagswahlen sind, soll auf der Winterschule noch einmal über den Termin gesprochen werden.

### 4. Finanzen

Hanne erläutert noch einmal die Abrechnungsmodalitäten für die Reisekostenerstattungen und Spenden.

Für das Jahr 2013 werden für die ArGe erneut 4000 Euro beim Parteivorstand beantragt. Die ArGe gehört zu den Bundesarbeitsgemeinschaften, die einen Großteil ihrer Ausgaben durch Spenden aufbringen.

### 5. Rundbrief

Die Berichte über die Seminardiskussionen sollen bis Mitte September fertig gestellt werden. Brigitte übernimmt die Koordination. Der Rundbrief soll mit den PB im Oktober versandt werden.

Für die Richtigkeit:

Hanne Reiner, Brigitte Wolf

